

Mitteilung

im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Tariftreue und Lokalbonus bei Auftragvergabe

Bezug: Vorlage 534/2006

Anlagen: Bezeichnung:

Die Verwaltung teilt mit:

Mit der Vorlage 534/2006 beantragte die TüL-L Fraktion, der Tübinger Gemeinderat möge beschließen:

1. Aufträge der Stadt, der städtischen Betriebe und GmbHs werden nur an Unternehmen vergeben, die erklären, dass sie und gegebenenfalls ihr Subunternehmen sich an die Tariflöhne halten.
2. Lokale Firmen können bei Vergaben trotz eines höheren Angebots bevorzugt werden, wenn damit ökologische (Anfahrtswege), soziale (gefährdete lokale Arbeitsplätze) und steuerliche Vorteile (Gewerbesteuer- und Grundsteuereinnahmen) für die Stadt und Region verbunden sind.

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Eine Forderung einer Tariftreueerklärung in Vergabeverfahren oder eine Bevorzugung lokaler Firmen aufgrund ökologischer, sozialer oder steuerlicher Aspekte ohne dass diese das wirtschaftlichste Angebot im Verfahren abgegeben haben, ist rechtlich nicht zulässig und wäre deshalb durch Mitbewerber anfechtbar. Darüber hinaus könnte es bei einer solchen Vergabepaxis zu Schadensersatzansprüchen von Mitbewerbern kommen.

Im Einzelnen:

Zu Beschlussantrag 1:

Um Tariftreueerklärungen bei Vergaben fordern zu können, bedarf es eines nationalen Bundes- oder Landesgesetzes. Dies wird auch ausdrücklich in § 97 Abs. 4 GWB formuliert. Darin heißt es: „Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben; andere oder weitergehende Anforderungen dürften an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes- oder Landesgesetz vorgesehen ist.“ In einigen Bundesländern sind bereits Vergabegesetze, in denen auch Tariftreue Regelungen enthalten sind, erlassen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat z.B. am 11.07.2006 die Tariftreue Regelung des Berliner Vergabegesetzes als verfassungsgemäß angesehen.

Da jedoch weder ein Bundes- noch ein baden-württembergisches Tariftreue- oder Vergabegesetz exis-

tiert, in dem die Forderung von Tariftreueerklärungen in Baden-Württemberg legitimiert wird, ist es der Universitätsstadt Tübingen verwehrt, eine solche Erklärung bei Vergaben zu verlangen.

Der Regionsvorsitzende des DGB Neckar-Alb wurde über diese Rechtsansicht informiert und stimmte ihr zu.

Der EuGH hat zwischenzeitlich das Niedersächsische Landesvergabegesetz, in dem ebenfalls eine Tariftreueregelung enthalten ist, auf seine Europarechtskonformität überprüft und diese am 03.04.2008 verneint, da sie weder mit Art. 49 EG-Vertrag noch mit der Entsenderichtlinie 96/71/EG (die in Deutschland im Arbeitnehmer-Entsendegesetz umgesetzt wurde), zu vereinbaren ist. Laut Presse will das Land Berlin aufgrund dieses EuGH-Urteils ebenfalls auf die Anwendung des Berliner Vergabegesetzes verzichten.

Ein Beschluss entsprechend Ziffer 1 des Antrags der TüL-L wäre somit rechtswidrig.

Soweit jedoch gesetzliche Mindestlohnbestimmungen bzw. für allgemeinverbindlich erklärte Mindestlohnbestimmungen in Tarifverträgen im Rahmen von Ausschreibungen, z.B. bei der Prüfung der Zuverlässigkeit des Bieters oder bei der Wertung der Angebote, z.B. bei der Auskömmlichkeitsprüfung des Angebots, berücksichtigt werden dürfen, wird dies die Verwaltung weiterhin tun. So werden z.B. bereits bisher Angebote für Reinigungsarbeiten ausgeschlossen, wenn die Prüfung ergibt, dass die für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhne nicht gezahlt werden können.

Zu Beschlussantrag 2:

Bei der Vergabe darf kein Unternehmen diskriminiert werden. Dementsprechend sind gemäß § 8 Nr. 1 VOB/A als auch gemäß § 7 VOL/A ausdrücklich alle Bewerber gleich zu behandeln und der Wettbewerb darf nicht auf Bewerber beschränkt werden, die in bestimmten Regionen, Orten oder Bezirken ansässig sind.

Ein ausdrückliches Verbot der Bevorzugung ortsansässiger Bieter ergibt sich auch aus Nr. 3.2 der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich vom 08.11.2000 (VergabeVwV). Darin heißt es: „Die Bestimmungen der VOB beruhen auf den Grundsätzen des freien Wettbewerbs und der Gleichbehandlung aller Bewerber. Bei der Ermittlung des Angebots, auf das der Zuschlag erteilt werden soll, kann daher ein Abweichen von der VOB/A weder mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Sicherung örtlicher Arbeitsplätze noch mit gewerbesteuerlichen Erwägungen gerechtfertigt werden. Ortskenntnis, vorangegangene Beauftragungen und schnelle Verfügbarkeit des Unternehmens (z.B. bei Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten) sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie im Einzelfall infolge von Besonderheiten des Auftrags für eine ordnungsgemäße Erfüllung entscheidend sind.“

Ein Beschluss entsprechend Ziffer 2 des Antrags der TüL-L wäre somit rechtswidrig.

Die Verwaltung wird jedoch Kriterien soweit im oben genannten Maße zulässig weiterhin berücksichtigen. Zusätzlich erlauben die höheren Wertgrenzen in der Dienstanweisung Vergabewesen nunmehr eine beschränkte Ausschreibung bis 100.000 €. Dadurch erhielt die Verwaltung ebenfalls die Möglichkeit, bei der Vergabe eines Großteils der anfallenden Aufträge das lokale Handwerk und leistungsfähige Bieter aus dem Großraum Tübingen einzubeziehen. Auch durch die Aufteilung eines umfangreichen Auftrags in Lose kann den mittelständischen Unternehmen in der Region oft eine Chance eingeräumt werden. Auch dies wird von der Verwaltung bei der Vergabe von Leistungen weiterhin berücksichtigt.